



Herr Jan-Christoph König  
Frau Gaby Krumme  
Frau Heike Müller

bis 18.30 Uhr anwesend

**Schriftführung:**

Frau Stefanie Scholz

**Abwesend:**

**Ausschussmitglieder mit Stimmrecht:**

Ratsfrau Christine Hohnsel	CDU
Ratsfrau Elke Teipel	SPD
Herr Otto Bodenheimer	Grüne

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 19:10 Uhr

**1. Öffentliche Fragestunde**

---

Entfällt!

**2. Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm der Erschließungsanlage "Sachsenstraße (Stichweg)"  
Vorlage: 023/2009**

---

Die Mitglieder des Bau- und Verkehrsausschuss empfehlen ohne weitere Erörterung folgenden

**Beschluss:**

Die Satzung der Stadt Lüdenscheid über das Teileinrichtungsprogramm für die Erschließungsanlage „Sachsenstraße (Stichweg)“ wird in der als Anlage beigefügten Fassung beschlossen.

**Abstimmungsergebnis:**

Ja-Stimmen:	15
Nein-Stimmen:	-
Enthaltungen:	-

### **3. Berichtswesen**

---

#### **3.1. Schriftliche Berichte**

---

##### **3.1.1. Genehmigungsverfahren für Werbeplakate und Transparente an öffentlichen Flächen** **Vorlage: 021/2009**

---

Herr Rotter, Amt für Bauservice und Bauordnung, erläutert den Bericht.

Ratsfrau Gabler fragt bzgl. der Transparente über Straßen nach den Kosten für Veranstalter bei einer gewerblichen Nutzung. Herr Rotter erklärt, dass nach dem Gebührentarif der Sondernutzungssatzung je Transparent und Tag eine Gebühr von 6,00 € erhoben werde. Im gesamten Jahr 2008 sind dadurch insgesamt nur rund 250 € an Einnahmen erzielt worden. Die Verwaltung hätte bei dieser Größenordnung zur Vermeidung weiterer Diskussionen kein Problem, bei Transparenten generell auf Sondernutzungsgebühren zu verzichten und nur für den Verwaltungsaufwand eine pauschale Verwaltungsgebühr von 21,50 € je Genehmigung zu berechnen.

Ratsherr Biernadzki verweist auf die Zirkuswerbung und erläutert, dass für diesen Zweck zu wenig Fläche für großformatige Werbung zur Verfügung stehe und dies ein grundlegendes Problem sei.

Herr Rotter führt aus, dass Zirkusunternehmen in Zukunft – wie schon bis Ende 2007 - im Rahmen einer Sonderregelung an bestimmten Standorten, die jetzt von der Stadt ausgewählt werden, rund 50 großformatige Plakate anbringen dürfen, sofern zuvor eine Kautions von 500 € entrichtet werde. Somit sei die Stadt bei einer Missachtung der Vorgaben oder bei einer Zahlungsverweigerung kostenmäßig abgesichert.

Bm Dzewas fügt hinzu, dass evtl. Entfernungskosten einer Wildplakatierung nicht in Form von Gebühren zu Lasten aller Bürger fallen dürfen. Im übrigen sei es unbedeutend, wer die Kautions zahle; dies müsse nicht unbedingt der Zirkus selbst sein. Der Bm erachtet den Vorschlag der Verwaltung als sachgerecht.

Der nachfolgende Bericht wird zur Kenntnis genommen.

#### **3.2. Mündliche Berichte**

---

##### **3.2.1. Bundeswettbewerb energieeffiziente Stadtbeleuchtung**

---

Frau Müller, Amt für Stadtplanung und Umwelt, berichtet über den Wettbewerb „Energieeffiziente Stadtbeleuchtung“ des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Hierbei waren Konzepte für eine Stadtbeleuchtung, die eine gute Energieeffizienz, Wirtschaftlichkeit sowie eine hohe Qualität der Beleuchtungstechnik haben, angefragt. Diese Konzepte sollten außerdem „Leuchtturmcharakter“ besitzen und als Vorbild für andere Kommunen gelten können. Es wurde erwartet, dass das Konzept für den Kommunenwettbewerb in eine Gesamtstrategie eingebettet ist.

In diesem Jahr beginnt die Arbeit an einem Masterplan Licht, der Planungsgrundlagen für die Beleuchtung der gesamten Stadt schaffen soll. Ein interdisziplinär zusammengestelltes Team aus Stadtplanern, Lichttechnikern, Soziologen und Psychologen wird dabei ein Konzept entwickeln, das die Stadtbeleuchtung nicht nur nach Straßentypen und gestalterischen Kriterien, sondern auch nach ihrer örtlichen und zeitlichen Nutzung durch die Bürger differenziert.

Auch das demnächst erarbeitete Klimaschutzkonzept wird sich sicher mit dem Thema einer energieeffizienten Stadtbeleuchtung auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund will Lüdenscheid im Rahmen der Teilnahme am Wettbewerb ein planerisches und lichttechnisches Instrumentarium entwickeln, mit dem die konkrete Umsetzung der Masterplanvorgaben erfolgen kann.

Das Projekt umfasst dabei zwei unterschiedliche Bereiche.

Zunächst wird das Optimierungspotenzial der Straßenbeleuchtung anhand einer Auswahl von Straßen demonstriert, die alle charakteristischen Straßentypen von der Anwohnerstraße bis zur Hauptverkehrsstraße umfasst. Durch den Wechsel auf zwei moderne, NAH-bestückte Leuchtentypen wird bei der Sanierung eine Energieeinsparung von mehr als 50% gegenüber dem Altbestand erreicht.

Schwerpunkt des eingereichten Projekts ist allerdings ein Leuchtturmprojekt, das bei Leuchtauswahl und Lichtplanung deutlich innovativere Wege geht. Das Pilotprojekt für den Freizeitbereich Nattenberg deckt eine Vielzahl von Straßentypen und Nutzungsformen ab, für die intelligente Lichtsteuerungs- und Beleuchtungslösungen entwickelt werden. Eingesetzt werden Leuchten mit hocheffizienter CPO- und LED-Bestückung, deren Energieeinsparpotenzial durch nutzungsgesteuerte Schaltung und Dimmung noch erheblich ausgebaut wird. Grundprinzip ist eine je nach Wegetyp auf 50% oder 20% abgesenkte Beleuchtung, die nur in Nutzungsphasen, beziehungsweise genutzten Einzelzonen, auf volle Lichtleistung gebracht wird. Die LED-Technik erlaubt es dabei sogar, beleuchtete Zonen synchron zu einzelnen Personen zu bewegen. Mit dieser praxistauglichen Technik, die auf zahlreiche andere Bereiche der Stadt übertragen werden kann, ist eine Energieeinsparung von über 80 % gegenüber dem Altbestand möglich.

Es wurde eine Arbeitsgruppe aus Mitarbeitern des STL, der Stadtwerke sowie Mitgliedern der Arbeitsgruppe für die Licht-Masterplanerstellung gegründet, die innerhalb von 4 Wochen ein sehr zeigbares Konzept auf die Beine gestellt haben.

Im Juli diesen Jahres findet eine öffentliche Veranstaltung statt, in der die Gremien veröffentlicht werden.

---

#### **4. Bekanntgaben, Beantwortung von Anfragen und Anfragen**

---

##### **4.1. Bekanntgaben**

---

##### **4.1.1. Neufassung der Alarm- und Ausrückeordnung der Feuerwehr**

---

Bm Dzewas führt aus, dass im Jahre 2005 eine Debatte bezüglich des Brandschutzbedarfsplanes statt gefunden habe. Die Feuerwehr war damals, aufgrund vieler Fehlalarme durch Brandmeldeanlagen, übermäßig stark belastet. Die Verwaltung habe die Zusage gemacht, zur Vermeidung der Belastungen insbesondere der Freiwilligen Feuerwehr die Alarm- und Ausrückeordnung neu zu verfassen.

Der Bm bittet Herrn Walter, Leiter der Feuerwehr, den Bau- und Verkehrsausschuss über die Auswirkungen der geänderten Alarm- und Ausrückeordnung in Kenntnis zu setzen.

Herr Walter erläutert die Statistik der letzten 3 Jahre und verteilt den Bericht in Schriftform, der der Niederschrift als **Anlage 1** beigefügt ist.

#### **4.1.2. Vergabe von Rettungsdienstleistungen**

---

Frau von Schaewen, Rechts- und Ordnungsamt, gibt bekannt, dass die Rettungsdienstleistung europaweit ausgeschrieben werde. Die Verträge mit den beiden Hilfsorganisationen laufen zum 01. Juli in diesem Jahr aus.

Ein Grundsatzurteil zwingt die Stadt dazu, ab einem Schwellenwert von 211.000 € europaweit nach neuen Vertragspartnern zu suchen. Der Rettungsdienst soll zum 1. Oktober 2009 neu vergeben werden.

#### **4.1.3. Vorstellung der beiden neuen Mitarbeiter bei Amt 613**

---

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, stellt die beiden neuen Verkehrsingenieure in der Abteilung 613, Herrn Jan-Christoph König und Herrn Christian Hayer, vor.

Vorsitzender Diller begrüßt beide recht herzlich und wünscht ihnen alles Gute für Ihren zukünftigen Dienst bei der Stadt Lüdenscheid.

#### **4.1.4. Weststraße: Planänderung zum Schutz des Baumbestandes**

---

Herr Hutya, Amt für Stadtplanung, stellt die Planänderung der Umbaumaßnahme in der Weststraße/Rathaustunnel vor und erklärt, dass die Mittelinsel in der Weststraße entfallen soll und die Signalgeber dann an einem drei Meter langen Ausleger an der Fußgängerbrücke befestigt werden. Die Busspur werde auf das Maß der Insel in Richtung Mitte gerückt, damit der dort vorhandene Baum bestehen bleiben könne. Diese Änderung habe keinerlei Auswirkung auf die Leistungsfähigkeit.

#### **4.1.5. Sachstand Ampelsteuerung Parkgarage Rathaus**

---

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, gibt bekannt, dass die Installation der Ampel und der Induktionsschleifen, im Bereich der Auffahrt zur zweiten und fünften Ebene der Parkgarage des Rathauses, erfolgt seien. Ende März stehe ein sogenannter Anhörungstermin mit der Polizei und der Abt. Verkehrslenkung zur Beschilderung der gesperrten Bereiche an. Anschließend erfolge die Beschilderung und die Ampelanlage könne sodann in Betrieb genommen werden.

#### **4.1.6. Abbruch Bahnhof Brügge**

---

Herr Kuschmirtz, Zentrale Gebäudewirtschaft, teilt den Zwischenstand der laufenden Entkernungsarbeiten am Bahnhof in Brügge mit. Der eigentliche Abbruch soll ab dem 16.03.09 beginnen. Ein Abschluss der Maßnahme sei für Mitte April diesen Jahres geplant.

#### **4.2. Beantwortung von Anfragen**

---

##### **4.2.1. Fußgängerbrücke "Nordtangente"**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Rats Herrn Biernadzki aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 26.11.2008 wird der Niederschrift als **Anlage 2** beigefügt.

#### **4.2.2. Vogelberg / Werner-Kowalski-Straße**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Herrn Ochel aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 14.01.2009 wird der Niederschrift als **Anlage 3** beigefügt.

#### **4.2.3. Spiegel Worthstraße/Kaiserallee**

---

Die Beantwortung der Anfrage der Ratsfrau Hertes aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 14.01.2009 wird der Niederschrift als **Anlage 4** beigefügt.

#### **4.2.4. Regelung defekte Straßenbeleuchtung**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Herrn Wilde aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 14.01.2009 wird der Niederschrift als **Anlage 5** beigefügt.

#### **4.2.5. Absolutes Halteverbot gegenüber der Einfahrt Kaufpark im Honselers Bruch**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn König aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 14.01.2009 wird der Niederschrift als **Anlage 6** beigefügt.

#### **4.2.6. Abgestellte Anhänger an der B 229**

---

Die Beantwortung der Anfrage des Ratsherrn König aus der Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses vom 14.01.2009 wird der Niederschrift als **Anlage 7** beigefügt.

### **4.3. Anfragen**

---

#### **4.3.1. Parksituation Schlittenbacher Str. (Gerhardi)**

---

Ratsherr Dudas erklärt, dass in der Schlittenbacher Straße – Teilstück Gerhardi (Stützmauer) – eine LKW-Ladezone ausgeschildert sei. Er fragt nun, ob dort die Beschilderung geändert werden könne, so dass dort PKW während der Abendstunden und an Wochenenden parken können.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

#### **4.3.2. Parksituation Schützenstraße**

---

Ratsherr Dudas fragt, ob in der oberen Schützenstraße, auf der rechten Seite von Richtung Bräucken kommend, 2-3 schraffierte Flächen eingerichtet werden können. Durch dort an der Seite stehende Fahrzeuge käme es zu häufigen Engpässen.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

#### **4.3.3. Parksituation Bonhoefferstr./ Altenheim**

---

Ratsherr Dudas fragt, ob in der Bonhoefferstraße / Altenheim Anwohnerparken eingerichtet werden könne. Tagsüber sollen dort z.Z. Beschäftigte des Altenheims parken, so dass für die Senioren keine Parkmöglichkeit mehr vorhanden sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

#### **4.3.4. LKW-Verbot durch Schlachthausstr. während Kanalbaumaßnahmen Herscheider Landstraße**

---

Ratsherr Dudas nimmt Bezug auf die Erklärungen der Verwaltung in der Bürgeranhörung bezüglich der „Kanalbaumaßnahme Herscheider Landstraße“. Danach soll keine Möglichkeit bestehen, LKW frühzeitig durch Hinweisschilder an der Autobahn umzuleiten, so dass diese nicht über die Umleitungsstraße „Schlachthausstraße“ fahren. Er weist auf eine Lösung einer anderen Stadt hin, die Abfahrtsverbotschilder und/oder Umgehungsschilder auf Autobahnen aufgestellt haben und fragt, ob so etwas in Lüdenscheid nicht möglich sei.

Die Verwaltung sagt Prüfung zu.

#### **4.3.5. Brügge - Info**

---

Ratsfrau Gabler bezieht sich auf die Änderung des Flächennutzungsplan im Bereich des zukünftigen Bebauungsplanes des Bahnhofes Brügge-Ost. Der Bürgermeister aus Halver votiere dagegen, da die Durchführung der Planung städtebauliche Auswirkungen auf den zentralen Versorgungsbereich von Halver habe. Ratsfrau Gabler hätte gerne eine genaue Information hierzu.

Herr Bärwolf, Amt für Stadtplanung, erklärt, dass bereits ein diesbezügliches Schreiben des Bürgermeisters der Stadt Halver angekommen sei und dieses im Rahmen des anstehenden Abwägungsprozesses berücksichtigt werde.

#### **4.3.6. Sachstand Parkpalette Corneliusstraße**

---

Auf Anfrage der Ratsfrau Gabler nach dem aktuellem Sachstand der Parkpalette „Corneliusstraße“ antwortet Bm Dzewas, dass der Stadt inzwischen ein belastbares Sanierungsangebot vorliege. Es werde nun geprüft, ob eine Eigensanierung der Stadt vielleicht doch günstiger sei. Ein Ergebnis werde evtl. im Ausschuss für Stadtplanung und Umwelt am 25.03.2009 bekannt gegeben.

gez. Diller  
Vorsitzender

gez. Scholz  
Schriftführerin